

um Adler.
(Maler.)

Panorama.

1. Cyclus:
Weltanschauung.
Morgens 10 Uhr
bis 10 Uhr.
P. Kinder 15 Pf.
ten 1 Mark
der Kasse zu haben.

gs-Verein
Witten.

den 28. d. Mts.,
bis 8 Uhr.

erwechsel.

erstmaligen Ent-
wickeln ist die
erte vorzuzeigen.

28. Oktober,
um 5 Uhr.
Vereinshaus.

Versammlung
v. Adolfs-Frauen-
vereins.

der Theilnahme ladet
in.

Der Vorstand.
Z. A.:
Kellermann, Vfr.

auffurter
dloose

Stellungsloose).

um 10000 M. baar.
je 5.25 M.

iesbadener
Krenz-Loose

3 Mark.
Geldgewinne,

ar-Votterie

den 13. Debr.
je 1 M.

IV.
-Lotterie

eder Deutschen Vereine
Rothen Kreuz.

um: 150 000, 75 000,
20 000 M. u. f. w.
3 M. bei
Schmidt & Co.

he und größte
edern-Lager

am Lübeck
in Altona

ollfrei gegen Nachnahme
der 10 Pf.) gute neue
für 60 Pf. v. Pf.
lich gute Sorte M.

Halbhaun nur M.
Mark 2.-

Haun nur M. 2.50

ahme von 50 Pf.
o Kabatt.

nich bereitwilligst.
Vetten (Oberbett, Unter-
betten), prima Zuleit-
beite gefüllt, einschläfig,
u. 40 M., 2-schlängig 30,
50 M.

En detail
dauerhafteiten,
vollsten u. billigsten
Lieferer

ust Rath,
n, Bahnhofstr. 29.

Flügel von 950,
sinos von 350,
uns von 80 M. an.

ährige Garantie.
e Katenzahlungen
gestattet.

ie Instrumente werden
zahlung genommen.
Lieferung nach allen
tionen Deutschlands.

ographeum,
aktität, zu haben bei
H. Koeckhold & Co.

Ein Wohnhaus
mit Garten wird zu
kaufen gesucht. Offert.
Z. Nr. 2478 in der
W. abzugeben.

braucher
gulirosen

ufen.
ffiziellstr. 4, Witten.

Verlag von
hold & Co. in Witten.
von S. Kiesel & Co.
in Hagen.
unter Verantwortlichkeit
Koeckhold in Witten.

Märkisches Tageblatt



verbunden mit dem
General-Anzeiger
für Witten und Umgegend.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.
Insertionen werden die 7 gespaltenen Petitzeile mit
10 Pf. berechnet.

Abonnementspreis (incl. der Geschäfts-
"Märkisches Heim"): 1,80 Mark vierteljährlich,
monatlich 60 Pf. bei Bestellung durch die Boten.
Bei Abnahme auf der Post incl. Bestellgeld 2,20 M.

Allerhöchster Erlaß über die Erscheinungen im Heimischen Prozeß.

Der „Märkische Anzeiger“ vom 27. Oktober bringt an der
Spitze des Blattes folgenden Allerhöchsten Erlaß:

Die beklagenswerten Erscheinungen, welche das Straf-
verfahren gegen die Heimeleutlinge hat zu Tage treten
lassen, beunruhigen Mein landesväterliches Herz fort-
gesetzt. Obwohl Ich dem Justiz-Minister Meine Auf-
fassung bereits im Allgemeinen kundgegeben habe, und
obwohl Mir bekannt ist, daß Seitens der nächstbetheiligten
Minister des Innern und der Justiz vorbereitend:
Schritte zur Beilegung der aufgedeckten Schäden ein-
geleitet sind, so drängt es Mich doch, auch die Aufmerk-
samkeit Meines Staats-Ministeriums auf diese für das
Wohl des ganzen Landes so bedeutungsvolle Angelegen-
heit hinzuweisen und Dasselbe zu veranlassen, Mir auf
Grund der von den Justiz-Ministern gefolgten Ver-
handlungen thunlichst bald bestimmte Vorschläge zu
machen. Wenn Ich dabei auf diejenigen Gesichtspunkte
hinweise, welche Mir für die Beurtheilung der hervor-
getretenen Mißstände und der zu ihrer Abwehr zu er-
greifenden Maßnahmen besonders wichtig erscheinen, so
halte Ich Mich dazu umsomehr verbunden, als das Recht
in Meinem Namen gesprochen wird und Ich von dem
Bewußtsein der Pflichten, welche Mir als obersten Hüter
des Rechts und der Ordnung obliegen, voll durch-
drungen bin. Der Heimeleut-Prozeß hat in erschrecken-
der Weise dargelegt, daß das Justizsystem neben einer
ausgedehnten Prostitution in den großen Städten, insbe-
sondere in Berlin, sich zu einer gemeinen Gefahr für
Staat und Gesellschaft entwickelt hat. Befürchtungen
Befürchtungen dieses Unwesens wird in erster Linie in
Frage kommen, inwieweit schon auf Grund der bestehen-
den Gesetze mit Nachdruck gegen die Justiz ein-
geschritten werden kann. Diese Aufgabe fällt der Polizei
und der Strafgerichtsbarkeit zu. Es wird der Polizei ein
kräftiges und unter Umständen rückhaltloses Vorgehen
gegen die Ausschreitungen jener demoralisirten Menschen-
klasse zur Pflicht zu machen, zugleich aber werden die
Erkenntnisbeamten darüber zu veranlassen sein, daß sie
bei thatkräftigem Vorgehen nicht nur meine Anerkennung,
sondern auch Meinen Schutz finden werden. Was die
Anwendung der bestehenden Strafgesetze anlangt, so wird
darauf hinzuwirken sein, daß die Gerichte bei ihrem Ur-
theil sich nicht von einer falschen Humanität leiten lassen
und demgemäß auch bei ersten Fällen auf ein möglichst
hohes Strafmaß erkennen. Im Anschluß hieran wird
zu erörtern sein, ob und in welcher Weise es etwa einer
Veränderung oder Ergänzung des bestehenden Strafrechts
bedarf.

Auch das Strafverfahren wird einer näheren Prüfung
zu unterziehen, und werden dabei Maßregeln zu erwägen
sein, welche es verhindern, daß Vertheiliger, uneingedenk
ihrer Pflicht, zur Ermittlung der Wahrheit beizutragen,
es zu ihrer Aufgabe machen, dem Unrecht selbst durch
falsche Mittel zum Siege zu verhelfen. Nicht minder ist
Vorsorge zu treffen, daß die Würde des Gerichtsstandes
sowohl der Vertheiligung wie den Angeklagten und dem
Publikum gegenüber unter allen Umständen gewahrt
bleibe. Endlich erscheint es geboten, daß in Fällen, in
welchen die schwersten sittlichen Schäden den Gegenstand
der Verhandlung bilden, die Öffentlichkeit des Verfahrens
ausgeschlossen werde.

Gegenüber den betrieblenen Erscheinungen des Heime-
leut-Prozesses ist es Mir eine erhellende Wahrnehmung,
daß die großen Gefahren und Mißstände, welche der
Prozeß bloßgelegt hat, von allen Schichten der Bevölke-
rung in ihrer vollen Tragweite erkannt sind und daß die
öffentliche Meinung einmüthig die Nothwendigkeit wirk-
samer Abwehr hervorhebt. Dies läßt Mich hoffen, daß
den von Meiner Regierung zu treffenden Maßnahmen
diejenige Unterstützung innerhalb der gestimmten Kreise
Meines Volkes nicht fehlen wird, ohne welche eine durch-
greifende Abhilfe nicht erwartet werden darf.

Neues Palais Potsdam, den 22. Oktober 1891.

W i l h e l m R.

An das Staatsministerium.

+ Studien über den letzten Krieg.

Der erste Theil der Studien über den Krieg
von 1870/71 vom General der Infanterie v. Verdy
befaßt sich mit den Ereignissen in den Grenz-
gebieten vom 15. Juli bis 2. August 1870. Der
General betrachtet zunächst die beiderseitige Truppen-
vertheilung vor der Mobilmachung, die Maßregeln
zum Schutze der Grenze, zur Vertheidigung der Mo-
bilmachung, des Aufmarsches und knüpft daran ein-
gehende belehrende Kritiken über die auf beiden
Seiten erlassenen Anordnungen und Befehle; als-
dann läßt er sehr deutlich erkennen, daß in Zukunft
am Anfange des Krieges die Aufgaben zum Schutze
der Grenze u. s. w. schwieriger und umfassender
sein würden, was sich aus den bereits im Frieden
bestehenden Grenzbefestigungen erschweren lassen.
Die kritischen Ausführungen wenden sich
vorwiegend an Kriegskünstler, sie werden daher
übergangen. Dagegen dürfen die Ausbeutungen

des Kriegsarchivs des großen Generalstabes ein
allgemeineres Interesse um so mehr beanspruchen,
als General von Verdy eine Fülle von Neuigkeiten
beibringt und die Nachrichten und Meldungen vom
Tage der Mobilmachung an chronologisch zu-
sammengestellt hat, welche im Kriegsarchiv vorhan-
den, bisher aber der Öffentlichkeit nicht zugänglich
gemacht worden sind. Am 15. Juli 1870 befanden
sich auf der 170 Kilometer langen Front von
Trier bis zur Mündung der Lauter in den Rhein
nur 5 Bataillone und 11 Escadrons, deren erste
Aufgabe im Allgemeinen nur in einiger Beobachtung
der Grenze und der Einziehung von Nachrichten
bestehen konnte. Heute befinden sich in der kleinen
Biedert, Mörchingen, Nancy, Lunéville, Saarlouis
über 24 Bataillone und mehr als 30 Escadrons
innerhalb eines Tagemarsches gegenüber. Größere
Unternehmungen werden daher am Anfange des
Krieges wohl schwerlich ausbleiben können; ähnlich
verhält es sich auf anderen Punkten, auch an der
deutschen Ostgrenze. Die Zahl der Nachrichten
und der Meldungen war 1870 eine große und
mannigfaltige, allein viele waren, was nicht zu
verneinen ist, unrichtig oder wenigstens ungenau.
Es ist nun höchst interessant, wie Militär- und
Zivilverwaltung hier zusammenkamen, um die
oberste Heeresleitung mit Auskünften zu versehen.
Ein an die Landräthe gerichtetes Schreiben des
General v. Barnewitz vom 15. Juli (Trier) sagt
in dieser Beziehung: „Es handelt sich ins-
besondere darum, rechtzeitig zu erfahren, ob
Truppen an der Grenze zusammengezogen wer-
den, welche Stärke sie haben, aus welcher
Waffengattung sie bestehen, welche Marschdirek-
tionen sie nehmen. Euer . . . erlaube ich Vor-
sorge zu treffen, daß Sie durch geeignete und
zuverlässige Personen von allen Vorgängen dieser
Art in Kenntniß gesetzt werden. Sodann wollen
Sie diese Nachrichten unter gleichzeitiger Angabe,
ob es sich um feindselige Thatfachen oder um
gleichmäßig auftretende Gerüchte handelt, sofort
— wenn möglich telegraphisch — dem Divisionskom-
mando zugehen lassen.“ Namentlich wird auf die
Forts- und Gemeindefunktionen, Bürgermeister etc.
hingewiesen. In diesem Sinne wurde denn auch,
und zwar mit Erfolg verfahren. Es war z. B.
sehr wichtig, bald Sicherheit zu erlangen, ob
Frankreich die luxemburgische Neutralität achten
werde. Die Heeresleitung befand sich darüber in
großer Spannung. Schon am 17. telegraphirte die
Division in Trier an das Generalkommando:
„Der N. . . zuverlässige Persönlichkeit aus Eugen-
burg, sagt aus: Staatsminister A. hat ihm gestern
Abend persönlich ein Telegramm des luxemburgi-
schen Gesandten aus Paris mitgeteilt, daß nach
einer Erklärung Gramonts Frankreich die Neutrali-
tät respektiren werde.“ Diese Quelle ist zuverlässig,
durch gleichlautende Gerüchte bestätigt.“ Die
Nachricht war von großer Wichtigkeit, besonders
daß sie so zeitig anlangte; man brauchte somit in
Trier von Luxemburg her Nichts mehr zu befürchten.
Aehnliche, wenn auch nicht so wichtige Nachrichten
sandten der Landrath von Saarburg und der
Telegraphenbeamte in Perl, unmittelbar an der
Grenze gelegen. Derselbe hieß Adamczik und erhielt
von Verdy folgendes Zeugniß: „In hervorragender
Weise wirkt die Thätigkeit des Telegraphenbeamten
in Perl nützlich, und sein Verhalten ist ein gerade-
zu musterhaftes. Nicht bloß, daß er Alles, was
er in Erfahrung bringt, sofort meldet, er beobachtet
selbst, harret auf seinem Posten in der Nähe des
Feindes bis zum letzten Augenblick aus, zum Ver-
lassen desselben genöthigt, macht er sich sofort an
anderer Stelle nützlich und kehrt, sobald der
Gegner abgezogen, augenblicklich wieder zurück, um
auf Neue eine Station soweit vorwärts als mög-
lich einzurichten.“ Selbstredend war es nur unsere
Absicht, einiges Neue aus dem bei E. S. Mittler
in diesen Tagen zur Ausgabe gelangenden Werke
mitzutheilen.

Kundschau.

** In der Vertrauensmänner-Versammlung der
„deutsch-freimüthigen“ Partei des Wahlkreises Hagen-
Schwelm im Feilhauer'schen Kaiserpalast zu Hagen
hielt Eugen Richter am Sonntag vor seinen Wählern
eine Rede, in der er das große Wort gelassen aus-
sprach, „was die Gegner von der rechten
Seite, die Nationalliberalen, betreffen, würden diese
in Zukunft uns weniger zu schaffen machen.“ Wir
wollen diese Phrase etwas niedriger hängen, denn
der Wahlkreis Hagen-Schwelm ist nicht so sehr
freimüthige Hochburg, als es in der That Herr
Richter glaubhaft machen will. Unsere Zeit wird
kommen; die Drohung wird auch einmal reichen zur
Beförderung der freimüthigen Reichstagsabgeordneten
aus Weisbaden nach Berlin; wir können und werden
es abwarten, denn die nationalliberale Partei hat

noch niemals mehr Kraft, Ausdauer und
Charakterstärke entwickelt, als im
Augenblick der Prüfung. Von einem
Nieder gange unserer Partei zu reden, steht einem
Eugen Richter nicht zu; er weiß, wenn auch seine
Getreuen ihm zujubelten und ihn in schauerhaften
Reimen anhimmelten, ganz genau, daß der Krebs-
gang der demokratisch-freimüthigen Stimmen trotz
Phrasen und Schwulst schon heute Thatfache ist;
Harmening wird ferner schon eine Suppe ein-
broden. Dasselbe Loos, das Richter den Sozial-
demokraten lachend vorwirft, blüht heute oder morgen
dem fortschrittlichen Ring; wenn sich Harmening,
Richter und Richter an die Köpfe gerathen, dann
wird sich der Krebsgang des heiligen „Fortschritts“
offenbar zeigen. Wir aber trösten uns mit dem
Sprichwort, daß derjenige, den man todt sagt, recht
lange zu leben pflegt!

* Daß die Öffentlichkeit der ge-
richtlichen Verhandlungen, über deren
hohen Werth als einer Bürgschaft für die unpar-
teitliche Handhabung der Rechtspflege alle Parteien
einig sind, doch auch in gewissen Fällen Folgen
hat, die nicht zu den erwünschten gezählt werden
können, wurde bereits bei der Verhandlung des Reichs-
gesetzes vom 5. April 1888 betreffend die unter
Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichts-
verhandlungen unumwunden anerkannt. Neuere
Vorgänge bei und nach einzelnen Strafprozessen mit
Vergewaltigung der Thatfachen Unterlagen,
deren Erörterung erregende Kräfte über Gebühr und
bedenklich lebhaft beschäftigte, sind gewiß geeignet,
dazu anzuregen, nach den gezielten Mitteln zur
Vermeidung derartiger Vorcommisne neuerdings
Umschau zu halten. Dem Vernehmen nach hat der
Justizminister zuerst Anlaß genommen, die Beamten
der Staatsanwaltschaft daran zu erinnern, daß in
allen Fällen bei zu befürchtender Gefährdung der
öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit als Regel
von dem Vertreter der Staatsanwaltschaft bei Ge-
richt ein Antrag auf Ausschließung der Öffentlich-
keit ausdrücklich zu stellen und nöthigenfalls nach
Maßgabe des Gegenstandes der bevorstehenden
Hauptverhandlung näher zu begründen sei. In der
Regel werden allerdings solche Gründe, welche für
den Ausschluß der Öffentlichkeit sprechen, bereits
im Laufe des Vorverfahrens und der Untersuchung
deutlich genug hervorgetreten sein, um dem Gerichte
sofort die Entscheidung zu ermöglichen, ob ein ge-
setzlicher Ausschließungsgrund gegeben sei oder
nicht. Zu nichtöffentlichen Gerichtsverhandlungen
kann nach dem Reichsgesetz in Abänderung der
Vorschrift der deutschen Strafprozeßordnung einzel-
nen Personen der Zutritt nicht mehr von dem Vor-
sitzenden, sondern nur vom Gerichte selbst gestattet
werden.

* Empfindsamkeit der deutschen
Sozialrevolutionäre. In Nummer 247
des „Vorwärts“ befaßt sich ein „Genosse“, daß
die „herrlichen“ und „erhabenen“ Lieder der Sozial-
demokraten, die Marxellaise und „Ein Sohn des
Volkes“ dadurch profanirt worden, daß man die
Melodien derselben in allen möglichen Tanzrhythmen
bei Festlichkeiten zu Gehör bringt. Der empfind-
same „Genosse“ schreibt: „Ich muß diese Art und
Weise, Arbeiter ihre Lieblingsmelodien vorzuspielen,
ganz entschieden verdammen, und jeder Denkende
wird mir darin beipflichten. Die Marxellaise spielt
man schon als Marsch und als Polka; ja, mir
wird bestätigt, daß sogar das Lied „Ein Sohn
des Volkes“ in einem Berliner Lokal als
Walzer vorgetragen wird. Ich glaube, der Text
dieses herrlichen Proletariatsliedes ist jedem Arbeiter
so weit bekannt, daß er weiß, wofür er steht. In
diesem Lied ist. Wenn sich die Arbeiter in Zukunft
bei Tanzlustbarkeiten, in dem Augenblick, wo man
so ungebührlich mit den herrlichsten Volksmelodien
umspringt, den Text der betreffenden Lieder in Er-
innerung rufen, so wird ihnen das Unangemessene
jenes Musikgebrauchs ganz gewiß inne werden und
sie veranlassen, den Musikern die Profanation solcher
Lieder zu verbieten.“ Diese Empfindsamkeit paßt
schlecht zu den sozialdemokratischen Prinzipien,
welche Autoritätschwund und Gleichheit aus-
geschlossen wissen wollen. Freilich stehen diese
Prinzipien nur auf dem Papier, denn es liegt ein-
mal in der Natur der Menschen, daß sie zu einer
höheren Gewalt aufblicken und sich erheben müssen.
Da aber die Sozialdemokratie den Gottesglauben
auszurotten bestrebt ist, so tritt bei den verführten
Genossen der Personenkultus und die Erbauung an
bluttrüben Revolutionen ein an die Stelle des
Gottesdienstes! Und nun beklagt sich ein Sozial-
demokrat darüber, daß seine Gefinnungsgegnen,
denen doch die Verpöthung und Herabsetzung alles
der übrigen Menschheit Heiligen gewissmaßen vor-
geschrieben ist, thatsächlich profane Lieder „profaniren“!
Diese Anschauung erinnert an das Plakat, welches

über der Rednertribüne zu Erfurt angebracht war
dasselbe lautete: „Die Arbeiter sind der Fels, auf
dem die Kirche der Zukunft aufgebaut werden soll!“
Singer-Klassenkampf—Marxellaise—Kirche der Zu-
kunft!

* Die Zunahme der Einbahnunfälle in
Frankreich, deren fast jeder Tag neue verzeichnet,
steht in so auffälligem Verhältniß zu dem Umfich-
greifen der sozialrevolutionären Propaganda unter
dem dortigen Bahnpersonal, daß nach Meinung
französischer Blätter der Schluß auf einen ursächlichen
Zusammenhang beider Erscheinungen nicht von der
Hand zu weisen ist. Der soeben in Paris ver-
samelt gewesene „Kongress“ der französischen Bahn-
bediensteten — in Wahrheit waren etwa 200 Ar-
beiter anwesend, welche sich als Mandatsträger
von ca. 300 000 Unterbeamten und Arbeitern des
Eisenbahndienstes aufspielten — erging sich in
ebenso thörichtem als gehässigen Anklagen gegen das
bestehende Regime und dessen Handhabung, befolgte
damit aber nur die vom letzten internationalen
Arbeitertongress proklamirte Parole, die Arbeitgeber
durch Chikanen aller Art „mürbe“ zu machen. Eine
der schlimmsten Schattenseiten der planmäßigen Arbeit-
geberhege ist nun der Geist der Zuchtlosigkeit und
Auflehnung gegen alles, was Dienstpflicht, Reglement,
Unterordnung unter die Autorität des Vorgesetzten
heißt, oder auch nur entfernt daran erinnert. Infolge-
dessen wird der Dienst vielfach mit einer an Straf-
barkeit grenzenden Vernachlässigung der einfachsten
Vorsichts- und Aufsichtsmäßigkeiten betrieben, der die
Sicherheit von Leib und Leben der Reisenden schwer
bedroht. Wenn es die Regierung der Republik mit
ihren sozialen Aufgaben, wie Herr de Freycinet sie
neulich definierte, wirklich ernst nimmt, so biete sich
ihm im Eisenbahnreferat gleich eine passende Ge-
legenheit, die reformirende Hand anzulegen.

Deutsches Reich.

* Berlin, 27. Oktober. Der Kaiser und die
Kaiserin unternahmen auch heute Morgen wieder
einen Spazierritt in die Umgebung des neuen Palais.
Später begab sich der Monarch nach dem Bahnhof in
Potsdam, woselbst die Ankunft und Begrüßung des
Königs von Rumänien erfolgte. In den späteren Nach-
mittagsstunden kam der Kaiser von Potsdam nach Berlin,
wo er dem Gedächtnißmahl für weiland den Prinzen
Friedrich Karl bewohnte.

— Aus Petersburg will die „Kreuzzeitung“ erfahren
haben, daß die Regierung sich wohl bald zu einer theil-
weisen Zurückziehung der Truppen von
der Westgrenze genöthigt sehen werde. Unter den
Männern soll der Typus in bedeutendem Grade
wüthen. Ob die Zurückverlegung der Truppen das ge-
eignete Mittel wäre, der Epidemie entgegenzutreten, und
ob diese dadurch nicht vielmehr in bis dahin freie Gebiete
verschleppt werden würde, läßt sich natürlich von hier aus
nicht beurtheilen. Wäre aber auch das Mittel empfehlens-
werth, so zweifeln wir stark daran, daß die russische Re-
gierung es ergreifen würde. Der barbarische Fehler, der
mit dieser unrichtigsten sozialistischen Anschauung von
vielen Hunderttausenden in dürriger, in jeder Hinsicht
ungeeigneten Schutzhäusern und Baracken bejagten
worden ist, setzt eine Rücksichtslosigkeit der Entschlüsse
voraus, von der ein Eingehen auf menschliche und auch
praktisch zweckmäßige Gesichtspunkte gar nicht erwartet
werden kann.

— Man nimmt es in hiesigen Colonialkreisen trotz der
entgegenstehenden Dementis als sicher an, daß Major v.
Wismann nach Europa zurückkehrt und aus dem Reichs-
dienst ausscheidet. Major v. Wismann hat nach der Be-
rufung des Herrn v. Soden zum Gouverneur im deutsch-
afrikanischen Gebiet sofort die Absicht ausgesprochen,
aus dem Reichsdienst auszutreten. Es wird der Rege-
rung nicht leicht werden, seine erprobte Kraft zu erheben.
Die widerwärtigen Nachrichten erklären sich wohl
daraus, daß man hier und da noch an der Hoffnung fest-
hält, einen Ausgleich zustande zu bringen, der die Dienste
des tüchtigen Officiers der Colonie erhält. (K. 3.)

— Die Dampfer-Expedition des Majors v. Wismann
nach dem Victoria-See ist, wie die „Post“ von betheiligter
Seite erfährt, vorläufig vertagt, weil es unmöglich ist,
genügend Träger zu gewinnen. Das gesamte Personal
ist entlassen.

— Von dem ältesten Offizier der Westafrikanischen
Station, Korvetten-Kapitän von Drosch, ging soeben
folgendes, am 21. Oktober von Kamerun abgeleitete und
in Lagos aufgegeben telegraphische Meldung ein: „Ab-
Leute bestraft. Mangel durch „Habicht“, „Hyäne“, Grauen-
reuth erlitten. „Habicht“ verwundet. Matrose Spiel-
schwer, Matrosen Baumann, Rudolf Krause, von Grebe
leicht. „Hyäne“: Bootsmannschaft nach schwer, Matrosen:
Dewald leicht. Verwundeten gibt's gut.“

— Der Kolonialrat hat in seiner letzten Sitzung
die Reichsregierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß die
Einfuhr von Produkten aus den deutschen Kolonien
nach Deutschland erfolgt.

— Zur Deduktion des Reichszuflusses für die
Invaliditäts- und Altersversicherung dürfte
schon für das nächste Etatsjahr ein Mehrbedarf von
13 Millionen Mark in Aussicht zu nehmen sein.

— Die Reichstags-Bauverwaltung hat am
Sonabend den 31. Oktober im Bauwesen des neuen
Reichstagsgebäudes zu einer Sitzung zusammen.

— Die erste telephonische Verbindung zwischen
Deutschland und Oesterreich ist am Dienstag mit der Linie
Bittau-Reichenberg eröffnet worden.

berüh-
teber,

1 in jedem einzelnen Jahr, eine Menge an 100 bis 200.

etne | Anna Ephraim aus Magano, als Schwäger. 1847

1
